
Startseite > Deutschland & Welt > Politik > Wehrdienst-Gegner: Solange gilt die Kriegsdienstverweigerung

Wehrdienst-Debatte

Deutschlands oberster Kriegsdienstverweigerer: „Bundeswehr wird nächstes Jahr wieder rumheulen“

Von Tim Prahle | 01.10.2025, 18:00 Uhr | 2 Leserkommentare



Die Kriegsdienstverweigerer der DFG-VK haben in Berlin bereits deutlich gemacht, was sie vom neuen Wehrdienstgesetz halten. Im Oktober sind weitere Proteste geplant.

FOTO: IPON/STEFAN BONESS

Die Debatte um eine neue Wehrpflicht schafft dessen wohl erbittertsten Gegnern neue Aufmerksamkeit. Im Interview erzählt der Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft, mit welchen Sorgen sich Eltern an

seinen Verein wenden und was er von der Freiwilligkeit im neuen Wehrdienstgesetz hält.

Als Michael Schulze von Glaßer zum Geschäftsführer wurde, war das Feindbild seines Vereins schon vier Jahre ausgesetzt: die Wehrpflicht. Und der Verein „Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“? Aus dem kollektiven Gedächtnis schienen die Kriegsdienstverweigerer ohne Kriegsdienst langsam zu verschwinden. Mit der Debatte um einen neuen Wehrdienst sind sie wieder da. Schulze von Glaßer erzählt im Interview, wer sich alles bei ihm meldet, was er von einem freiwilligen Wehrdienst und Wladimir Putin hält und ob er die AfD zur Friedensbewegung zählt.

Täglich in 5 Minuten informiert mit dem Podcast für Schleswig-Holstein



**02.10. Drohnenalarm in SH: Das ist zu den rätselhaften Überflügen bekannt
Fokus Schleswig-Holstein**

-15 Sek ⏪

⏪ +15 Sek



05:53

Wehrdienst-Gegner Michael Schulze von Glaßer im Interview

Weiterlesen: [Eine Frage des Gewissens: So viele Kriegsdienstverweigerer entscheiden sich um](#)

LESEN SIE AUCH

Selbst UN und Türkei applaudieren

Alles wieder falsch? Was Trumps Friedensplan für Israel und Hamas bedeutet



Drohnen über Deutschland

„Wir sind nicht mehr im Frieden“: Kanzler Merz mit deutlichen Worten zur Kriegsgefahr



Herr Schulze von Glässer, Sie sind seit 2015 Geschäftsführer des Vereins Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsgegnerinnen (DFG-VK). Aktuell scheint Deutschland gedanklich so militarisiert wie lange nicht mehr. Ist es aktuell eine besonders stressige Zeit für Sie?

Ich würde eher sagen, es geht gerade zurück zu den Wurzeln zurück. Wir waren gesellschaftlich bis 2011 vor allem bekannt, weil wir bei Kriegsdienstverweigerungen beraten haben, sogar in Schulgebäuden. Das kommt jetzt wieder. Aber wir waren nach dem Aussetzen der Wehrpflicht ja nicht weg, sondern haben unter anderem die Nachwuchswerbung der Bundeswehr kritisch begleitet und mussten beobachten, wie immer mehr Minderjährige angeworben werden.



Michael Schulze von Glaßer ist seit 2015 Geschäftsführer des Vereins Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigt Kriegsdienstgegner e.V. FOTO: DFG-VK

Im Oktober berät der Bundestag erstmals über das neue Wehrdienstgesetz von Boris Pistorius (SPD). Das Thema der Kriegsdienstverweigerung rückt wieder in den Fokus. Wie äußert sich das?

Es mehren sich Fragen zum Thema Verweigerung, gerade

von Ungedienten. Die Beratungen nehmen zu, wir mussten ältere Mitglieder reaktivieren, um dem Andrang gerecht zu werden. Ganz eindrücklich vielleicht: Auf unserer Internetseite hatten wir zu dem Thema im Mai 2025 keine 25.000 Aufrufe, im September waren es mehrmals 120.000.

Ihr Verein hat 3600 Mitglieder, der Altersschnitt ist hoch, doch aktuell gibt es viele Neueintritte. Sind Sie der Politik heimlich dankbar, dass sie Ihnen mit der Wehrpflicht-Debatte wieder neue Bedeutung gegeben hat?

(lacht) Dankbarkeit verspüre ich nicht. Zynisch gesagt: Wir können nur gewinnen. Entweder schaffen wir es politisch eine Wehrpflicht zu verhindern, oder die jungen Menschen rennen uns aus Sorge vor einer Zwangsrekrutierung die Bude ein.

Der aktuelle Wehrdienst-Entwurf ist noch nicht vom Parlament beschlossen und basiert auf Freiwilligkeit, eine Reaktivierung der Wehrpflicht ist noch gar nicht garantiert. Ist es nicht etwas früh, um vor einer Zwangsrekrutierung zu sprechen?

Diese Salami-Taktik beim Wehrdienst, erst mal locker mit Fragebögen zu beginnen und dann doch die Pflicht einzuführen, wenn das nicht reicht, ist sehr durchsichtig. Die Bundeswehr wird ihre Personalziele nicht einhalten und dann in einem Jahr herumheulen, dass sich zu wenig Freiwillige gemeldet haben, und die Daumenschrauben weiter anziehen. Die Bundeswehr schreibt die 16- und 17-Jährigen doch schon seit acht Jahren an, und es reicht nicht.

Und davor wollen Sie die Menschen warnen?

Wir müssen gar nicht warnen, die Menschen kommen mit Ihren Sorgen auch so zu uns. Es herrscht aktuell eine große Verunsicherung bei dem Thema. Die Menschen bekommen mit, dass etwas auf sie zukommt, wissen aber nicht genau, was. Weil es die schwarz-rote Koalition ja auch selbst nicht so richtig weiß. Diese Verunsicherung spürt man bei Jugendlichen, aber auch besorgte Eltern rufen uns regelmäßig an und stellen Fragen.

MEHR INFORMATIONEN:

[Organisierter Pazifismus seit 133 Jahren](#)



Der Verein Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgenerInnen setzt sich der Verein bereits seit 1892 für Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung ein. Zu ihren bekanntesten Mitgliedern zählen der einstige DFG-VK-Generalsekretär Carl von Ossietzky aus Hamburg und der einstige Vereinsvorsitzende Ludwig Quidde aus Bremen. 1927 (Quidde) und 1935 (von Ossietzky) erhielten die beiden den Friedensnobelpreis.

Michael Schulze von Glaßer ist Jahrgang 1986 und seit 2015 politischer Geschäftsführer des Vereins. Der Politikwissenschaftler aus Kassel hat bereits mehrere Bücher über Armee-Werbung verfasst.

Weiterlesen: [Dieser General muss Wehrdienst von Pistorius umsetzen: Können Sie das überhaupt, Herr Sieger?](#)

Was für Fragen?

Eltern wollen wissen, was sie jetzt tun können und müssen, damit ihr Kind nicht „an die Front“ muss. Andere haben technische Fragen: Was passiert, wenn ich schon mal ausgemustert wurde? Wie lange gilt meine Kriegsdienstverweigerung?

Was antworten Sie?

Eine Kriegsdienstverweigerung und auch eine Ausmusterung gelten ein Leben lang. Aber: Es ist immer besser, wenn man die Unterlagen noch hat. [Die Datenlage bei der Bundeswehr](#) selbst ist diesbezüglich nämlich ziemlich schlecht. Die Frage der Kriegsdienstverweigerung ist aber auch eine Generationenfrage. Ältere wissen, wie es geht, aber die Jungen sind die, die es brauchen. Diese beiden Generationen zusammenzubringen, ist schwierig.

Für den Wehrdienst soll es monatlich mehr als 2000 Euro netto für die jungen Menschen geben und es sind gerade mal sechs Monate „Bundeswehr-Praktikum“. Klingt doch nett.

Ich finde es unlauter, dass man überhaupt mit so viel Geld locken muss. Ich dachte immer, sein Vaterland mit der Waffe zu verteidigen, ist eine Frage der Überzeugung. Und man darf nicht vergessen: Auch nach den sechs Monaten ist man auf den Listen der Bundeswehr und wird im Ernstfall als Erstes eingezogen.

Seit dem Ukraine-Krieg verweigern auch viele Reservisten. Also Menschen, die schon mal bei der Bundeswehr waren. Wie erklären Sie sich das?

Die Sicherheitspolitik ist aktuell ziemlich konfrontativ, und Reservisten sind nach den Soldaten die Ersten, die den Kopf hinhalten müssen. Die Bilder aus der Ukraine bringen den Krieg ganz nahe. Und es gibt sicher auch viele Menschen, die als Wehrpflichtige gesagt haben: Zur Bundeswehr gehe ich – in den Krieg aber nicht.

[Ukraine-Krieg und die Folgen](#)

Drohnen über Polen – die Nato muss alarmiert sein, aber nicht panisch



Meinung – **Thomas Ludwig**

Nichts Genaues weiß man nicht – mit diesem altbekannten Spruch lässt sich der Stand der Dinge nach dem Abschuss mutmaßlich russischer Drohnen über Polen wohl am ehesten zusammenfassen. Fakt ist: Kampfjets stiegen auf, Drohnen wurden zerstört, Trümmer sind auf polnischem Territorium niedergestürzt

[Zum Kommentar](#)

Die Idee der Abschreckung ist, dass eine gut ausgestaltete Armee einen Krieg präventiv verhindert.

Aber wann ist es denn genug? Putin rüstet ja nicht wieder ab, nur weil Deutschland 80.000 Soldaten mehr hat. Gleiches gilt für die Waffenkäufe: Wann ist es denn genug? [Wenn mir jemand sagt, dass jetzt richtig aufgerüstet werden muss,](#) frage ich, wieso der Wehretat seit 2014 jedes Jahr immer gestiegen ist.

Die Hände in den Schoß zu legen, klingt aber auch nicht nach überzeugender Friedenspolitik.

Ist es auch nicht. Wir brauchen Diplomatie. Ich hätte auch keine Lust, mit Putin und Trump zu verhandeln, aber dafür gibt es ja professionelle Diplomaten. Wir brauchen wieder Abrüstungsabkommen, aktuell werden solche Vereinbarungen ständig aufgekündigt. Nehmen Sie das [Iran-Atomabkommen](#), das Trump in den Wind geschlagen hat. Oder das Landminenabkommen, aus dem die baltischen Staaten gerade alle der Reihe nach austreten.

Das zeigt doch, dass es gerade in die völlig falsche Richtung geht. Aktuell wird immer nur militärisch gedacht. Erst einmal wollen wir überall Soldaten hinschicken. Das kann es doch nicht sein. Wir als Friedensgesellschaft wollen alle Kriege sabotieren.



Die DFG-VK beim Protest im Oktober 2022 in Kassel gegen den russischen Angriffskrieg
FOTO: DFG-VK

Ihre Sabotage müsste dann auch Russland treffen. Aktuell stehen da alle Zeichen auf Konfrontation. Wie realistisch ist Ihr Wunsch nach Weltfrieden?

Es ist natürlich eine Utopie und ein langfristiges Ziel. Ich werde wahrscheinlich nicht mehr erleben, dass es keine Kriege mehr gibt. Aber möglich ist es. Denken Sie an die einstigen Erzfeinde Deutschland und Frankreich. Wie viele Kriege da geführt wurden. Und wie unvorstellbar ein Krieg zwischen den Ländern jetzt wäre. Und um Russlands Krieg

gegen die Ukraine zu sabotieren, setzen wir uns etwa für russische Verweigerer und Deserteure ein – wir wollen Putin die Soldaten klauen. Außerdem machen wir Aktionen gegen westliche Unternehmen, die noch immer Geschäfte mit Russland machen und in die Militärwirtschaft verstrickt sind.

Weiterlesen: „[Es geht nicht billiger“ – Chefeinkäuferin der Bundeswehr über Bürokratie und kriegstaugliche Wirtschaft](#)

Und kurzfristig? Kann es sich Deutschland da aktuell leisten, einfach nicht aufzurüsten?

Die Gegenfragen sind doch: Können wir es uns leisten, alles Geld in Aufrüstung für einen Krieg, der vielleicht – und hoffentlich – nie passiert, zu investieren und dafür garantierte globale Bedrohungen wie die Folgen des Klimawandels zu ignorieren? Wollen wir wirklich, dass im sozialen Bereich kein Geld da ist? Im schlimmsten Fall führt uns die Aufrüstungspolitik in den Krieg, im besten Fall in die Armut. Und Armut ist ein Konjunkturprogramm für die AfD. Ich will nicht erleben, dass die an die Macht kommen und dann auch noch eine hochgerüstete Armee als Werkzeug haben.

Planlos beim Zivilschutz



Vorbild Schweden: Warum der Fokus auf Waffen und Soldaten nicht reicht

Meinung – **Tim Prahle**

„Totale Verteidigung“. So lautet Schwedens umfängliche Strategie, um sich für einen Ernstfall vorzubereiten. Sie ist gewissermaßen das Pendant zur deutschen „Zeitenwende“. Allerdings dient das Konzept nicht nur der militärischen Aufrüstung. Sondern auch der zivilen

Verteidigung. Beim Treffen mit seinem schwedischen Amtskollegen D&I
Zum Kommentar

Zumindest in ostdeutschen Ländern sieht sich die AfD eher als Teil der Friedensbewegung...

Die Friedensbewegung sieht die AfD aber nicht als Teil der Friedensbewegung. Als Friedensgesellschaft sehen wir Krieg als Verbrechen an der Menschheit. Deswegen demonstrieren wir auch gegen Putins Russland. Da würde die AfD kaum mitmachen. Die AfD will zwar auch Frieden, aber nur für Deutschland, der Rest der Welt ist ihr egal. Aber ganz grundsätzlich gibt es Teile der Friedensbewegung, die in den alten Positionen verharren. Dann kritisieren sie nur die USA und die Nato, aber schaffen das beim Kriegsverbrecher Putin oder den Hamas-Terroristen nicht. Da ist in den vergangenen Jahren viel kaputtgegangen. Es sind aber auch Menschen wie Sahra Wagenknecht, die sich plötzlich gegen den Schutz von Flüchtlingen aussprechen, obwohl das ein Kern der Friedensbewegung ist. Deswegen fordern wir auch, dass neben russischen und belarussischen auch ukrainische Kriegsdienstverweigerer konsequent Asyl in Deutschland und der EU erhalten.

Stehen Sie als Kritiker von Bundeswehr und Aufrüstung

denn unter Druck?

Im Gegensatz zu anderen Ländern finde ich den Druck in Deutschland nicht so hoch. Anfeindungen und Vorwürfe gibt es natürlich immer. Mich ärgert nur, dass der öffentliche Meinungskorridor so eng geworden ist.

Mehr zum Schwerpunkt Bundeswehr

Wehrdienst-Debatte

Deutschlands oberster Kriegsdienstverweigerer:
„Bundeswehr wird nächstes Jahr wieder rumheulen“

Planlos beim Zivilschutz

Vorbild Schweden: Warum der Fokus auf Waffen und Soldaten nicht reicht

Russi:

Kampfje
Frager
Ist das
abschr
Badia?